

Beteiligentransparenzdokumentation

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Aufbaubankgesetzes

Einbringer: **Landesregierung**

(Drucksache 7/6241)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 28. September 2022

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Landesregierung

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Aufbaubankgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Das Dritte Gesetz zur Änderung des Thüringer Aufbaubankgesetzes soll eine Anpassung der gesetzlichen Regelungen vor dem Hintergrund vornehmen, dass die Thüringer Aufbaubank absehbar die Schwelle der Arbeitnehmermitbestimmung im Verwaltungsrat von 500 Beschäftigten überschreiten wird.

Bislang besteht der Verwaltungsrat im Regelfall nach § 7 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Aufbaubankgesetzes aus sechs Mitgliedern. Lediglich im Fall des § 7 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 3 des Thüringer Aufbaubankgesetzes ist bei einer Beteiligung eines öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts an der Thüringer Aufbaubank bisher eine Aufstockung auf bis zu neun Mitglieder vorgesehen. Dieser Ausnahmefall für die Aufstockung soll durch den Fall ersetzt werden, dass die Schwelle zur Arbeitnehmermitbestimmung überschritten ist. Das bedingte Vorsehen dieser bis zu drei zusätzlichen Sitze im Verwaltungsrat führt dazu, dass bei Ausschöpfung der maximalen Anzahl der Sitze im Fall des Überschreitens der Schwelle zusätzlich zu den sechs von der Landesregierung zu entsendenden Mitglieder drei weitere Mitglieder des Verwaltungsrats als Vertreter der Arbeitnehmerschaft hinzutreten würden. Fallen die Voraussetzungen dieser sogenannten Drittelbeteiligung künftig wieder weg, würden diese drei zusätzlichen Sitze der Vertreter der Arbeitnehmerschaft wieder entfallen. Im Ergebnis kann somit sowohl eine Kontinuität der sechs Sitze der Landesregierung sichergestellt werden als auch die Drittelbeteiligung wirksam umgesetzt werden.

Der derzeit geltende § 7 Abs. 2 des Thüringer Aufbaubankgesetzes wird unter Anwendung der Grundsätze der guten Unternehmens- und Beteiligungsführung des Freistaats Thüringen (Kodex) vom 18. September 2017 (StAnz. Nr. 38 S. 1279) in der jeweils geltenden Fassung gestrichen, da die Verwaltungsratsmitglieder ihre Aufgabe persönlich ausüben.

In § 7 Abs. 1 Satz 4 und 5 des Thüringer Aufbaubankgesetzes in der derzeit geltenden Fassung wird auf Vorschriften zur Mitbestimmung im Verwaltungsrat nach dem Betriebsverfassungsgesetz verwiesen. Da die einschlägigen Bestimmungen dazu inzwischen im Drittelbeteiligungsgesetz vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974) in der jeweils geltenden Fassung verankert sind, soll künftig auf diese Bestimmungen verwiesen werden. Gleichzeitig soll fortan die Verweisung auf die Bestimmungen der Mitbestimmung nicht mehr in § 7 Abs. 1 des Thüringer Aufbaubank-

gesetzes, sondern als § 7 Abs. 2 Satz 1 des Thüringer Aufbaubankgesetzes gefasst werden.

Die Regelung zur Teilnahme des Personalrats an Sitzungen des Verwaltungsrats soll ohne inhaltliche Änderung innerhalb des § 7 von Absatz 1 Satz 5 in Absatz 2 Satz 3 des Thüringer Aufbaubankgesetzes verschoben werden. Zudem soll in § 7 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 des Thüringer Aufbaubankgesetzes wie für die Sparkassen in Thüringen oder bei der Landesbank Hessen-Thüringen - Girozentrale - geregelt werden, dass nur die Arbeitnehmerschaft der Thüringer Aufbaubank aktiv und passiv wahlberechtigt ist. Die Zugehörigkeit der Vertreter der Arbeitnehmerschaft im Verwaltungsrat ist zudem an das Fortbestehen der Wählbarkeitsvoraussetzungen und damit insbesondere des Arbeitsverhältnisses mit der Thüringer Aufbaubank geknüpft. Das ist aus Gründen des Landesinteresses im Hinblick auf das Geschäftsfeld der Thüringer Aufbaubank als Förderbank des Landes geboten.

Aus Anlass des Änderungsgesetzes sollen redaktionelle Änderungen und sprachliche Schärfungen in §§ 2, 8, 10, 12, 14 und 16 vorgenommen werden. Zudem soll das Thüringer Aufbaubankgesetz die amtliche Abkürzung "ThürAufbBG" erhalten und die Gleichstellungsbestimmung in § 19 erweitert werden.

B. Lösung

Erlass eines Änderungsgesetzes, mit dem die Neuregelungen über die Zusammensetzung des Verwaltungsrats und die Vertretung der Arbeitnehmer im Verwaltungsrat in § 7 Abs. 1 und 2 des Thüringer Aufbaubankgesetzes umgesetzt werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Finanzministerium.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Pommer
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 30. August 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen
Entwurf des

"Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Aufbaubankge-
setzes"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen
am 21./22./23. September 2022.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Aufbaubankgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Aufbaubankgesetz vom 21. November 2001 (GVBl. S. 317), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2008 (GVBl. S. 113), wird wie folgt geändert:

1. Der Überschrift wird der Klammerzusatz "(ThürAufbBG)" angefügt.
2. In der Einleitung des § 2 Abs. 2 Satz 1 und in § 2 Abs. 3 Satz 1 werden jeweils die Worte "Europäischen Gemeinschaft" durch die Worte "Europäischen Union" ersetzt.
3. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Verweisung "§ 3 Abs. 3" durch die Verweisung "Absatzes 2 Satz 1" ersetzt.
 - bb) Die Sätze 4 und 5 werden aufgehoben.
 - b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die Beteiligung von Arbeitnehmern im Verwaltungsrat bestimmt sich nach den insoweit entsprechend anzuwendenden Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974) in der jeweils geltenden Fassung. Aktiv und passiv wahlberechtigt sind nur Arbeitnehmer der Bank; entfallen bei einem Mitglied des Verwaltungsrats nach Satz 1 während der Mitgliedschaft die Voraussetzungen der Wählbarkeit, endet auch dessen Mitgliedschaft im Verwaltungsrat. Ein Vertreter des Personalrats kann an den Sitzungen des Verwaltungsrats in beratender Funktion teilnehmen, wenn dem Verwaltungsrat keine Vertreter der Arbeitnehmer nach Satz 1 angehören."
4. In § 8 Abs. 3 Satz 1 werden die Verweisung "§ 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes in der Fassung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2708), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3198)," durch die Verweisung "§ 2 Abs. 11 des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) in der Fassung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2708) in der jeweils geltenden Fassung" und die Verweisung "§ 2 Abs. 1 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes" durch die Verweisung "§ 2 Abs. 1 WpHG" ersetzt.
5. In § 10 Abs. 2 Satz 3 wird die Angabe "der §§ 63 und 64 des Thüringer Beamtengesetzes in der Fassung vom 8. September 1999 (GVBl. S. 525) in der jeweils geltenden Fassung" durch die Angabe "des § 35 des Thüringer Beamtengesetzes vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472) in Verbindung mit § 37 des Beamtenstatusgesetzes vom 17. Juni 2008 (BGBl. I S. 1010) jeweils in der jeweils geltenden Fassung" ersetzt.

6. In § 14 Abs. 3 Satz 2 wird die Verweisung "Vierten Abschnitts des Zweiten Teils des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes in der Fassung vom 27. September 1994 (GVBl. S. 1053) in der jeweils geltenden Fassung" durch die Verweisung "Vierten Abschnitts des Zweiten Teils des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes in der Fassung vom 5. Februar 2009 (GVBl. S. 24) in der jeweils geltenden Fassung" ersetzt.
7. In § 16 Abs. 2 wird die Verweisung "§§ 4 bis 8 des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung vom 27. November 1997 (GVBl. S. 430) in der jeweils geltenden Fassung" durch die Verweisung "§§ 4 bis 8 des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung vom 1. Dezember 2014 (GVBl. S. 685) in der jeweils geltenden Fassung" ersetzt.
8. In § 19 werden die Worte "in männlicher und weiblicher Form" durch die Worte "für alle Geschlechter" ersetzt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Das vorliegende Änderungsgesetz dient der Anpassung des Thüringer Aufbaubankgesetzes vom 21. November 2001 (GVBl. S. 317), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2008 (GVBl. S. 113), da die Thüringer Aufbaubank absehbar die Schwelle der Arbeitnehmermitbestimmung im Verwaltungsrat von 500 Beschäftigten überschreiten wird.

Nach dem geltendem Gesetzeswortlaut finden die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes zur Arbeitnehmermitbestimmung im Verwaltungsrat der Thüringer Aufbaubank entsprechende Anwendung. Wird die maßgebliche Schwelle der Beschäftigten nach den anwendbaren Vorschriften überschritten, ist den Beschäftigten ein Drittel der Sitze des Verwaltungsrates einzuräumen. Gegenwärtig würde das dazu führen, dass von den sechs Sitzen, bei denen die Entsendung durch die Landesregierung erfolgt, vier Sitze verblieben und zwei Sitze durch Vertreter der Arbeitnehmerschaft zu besetzen wären. Die Zuordnung von zwei der sechs Sitze des Verwaltungsrats ist somit bisher abhängig von der Frage, ob die Voraussetzungen der Mitbestimmung vorliegen. Um hier eine bessere Kontinuität herbeizuführen, sollen künftig im Fall der Mitbestimmung zusätzlich zu den bis zu sechs Sitzen bis zu drei weitere Sitze im Verwaltungsrat ermöglicht werden. Dadurch würden Schwankungen der Anzahl der Beschäftigten, die nach den gesetzlichen Regeln zur Mitbestimmung führen oder diese wieder entfallen lassen, lediglich dazu führen, zusätzliche Sitze für die Vertreter der Arbeitnehmerschaft vorzusehen oder diese wieder entfallen zu lassen. Durch die Formulierung "bis zu" bleibt die Option offen, bei nie auszuschließenden künftigen Änderungen der Umstände die Anzahl aller Mitglieder des Verwaltungsrats durch Satzungsregelung (§ 4 Abs. 2 des Thüringer Aufbaubankgesetzes) auch im Fall der Mitbestimmung wieder zu verringern; die Anzahl aller Mitglieder des Verwaltungsrats muss wegen der nachfolgend genannten Drittelbeteiligung durch drei teilbar bleiben.

Die bestehende Regelung zur Aufstockung der Höchstzahl von bis zu sechs auf bis zu neun Mitglieder im Fall der Beteiligung eines öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts nach § 7 Abs. 1 Satz 1 und § 3 Abs. 3 des Thüringer Aufbaubankgesetzes soll im Gegenzug mangels absehbarer Relevanz aufgehoben werden.

Die gegenwärtig bestehende Regelung im Thüringer Aufbaubankgesetz zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Verwaltungsrat der Bank nimmt noch Bezug auf das Betriebsverfassungsgesetz. Dessen damalige Regelungen sind zwischenzeitlich jedoch im Drittelbeteiligungsgesetz (DrittelbG) vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974) in der jeweils geltenden Fassung geregelt. Der Verweis soll nun auf diese Nachfolgevorschrift in der jeweils geltenden Fassung erfolgen.

Die bestehende Regelung zur Teilnahme eines Vertreters des Personalrats an Sitzungen des Verwaltungsrats wird wegen des Regelungszusammenhangs vom ersten Absatz in den zweiten verschoben. Zudem wird geregelt, dass nur die Arbeitnehmerschaft der Thüringer Aufbaubank aktiv und passiv wahlberechtigt ist. Das ist aus Gründen des Landesinteresses im Hinblick auf das Geschäftsfeld der Thüringer Aufbaubank als Förderbank des Landes geboten.

Für den Fall der Verhinderung von Mitgliedern des Verwaltungsrats ist gegenwärtig noch die Möglichkeit eröffnet, ständige Vertreter zu bestellen. Unter Anwendung der Grundsätze der guten Unternehmens- und Beteiligungsführung des Freistaats Thüringen (Kodex) vom 18. September 2017 (StAnz. Nr. 38 S. 1279) in der jeweils geltenden Fassung ist diese Regelung zu streichen, da die persönliche Amtsausübung dem Leitbild der Verwaltungsratsmitglieder entspricht. Im Hinblick darauf hat die Landesregierung von der Möglichkeit in den letzten Jahren auch keinen Gebrauch mehr gemacht.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1:

"ThürAufbBG" wird als amtliche Abkürzung für das Gesetz eingeführt, um künftig eine einheitliche abgekürzte Schreibweise zu ermöglichen.

Zu Nummer 2:

Die Europäische Union ist mit den Änderungen des Vertrags von Lissabon 2007 an die Stelle der Europäischen Gemeinschaft getreten, so dass eine entsprechende Anpassung in § 2 Abs. 2 und Abs. 3 sinnvoll ist.

Zu Nummer 3:

Zu Buchstabe a:

Zu Doppelbuchstabe a:

Der bisher geltende § 7 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Aufbaubankgesetzes wird so geändert, dass eine Erweiterung der Höchstzahl der Sitze im Verwaltungsrat in dem Fall eintritt, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Mitarbeitermitbestimmung im Verwaltungsrat vorliegen. Durch diese Änderung wird gewährleistet, dass - unabhängig von Fragen der Mitbestimmung - konstant sechs Mitglieder des Verwaltungsrats durch die Landesregierung entsandt werden können. Liegen die Voraussetzungen der Mitarbeitermitbestimmung im Verwaltungsrat vor, wird dies durch bis zu drei zusätzliche Sitze im Verwaltungsrat realisiert. Entfielen die Voraussetzungen der Mitarbeitermitbestimmung, würden diese drei zusätzlichen Sitze wieder entfallen. Die Änderung führt zu einer höheren Kontinuität bei der Besetzung des Verwaltungsrats, da Schwankungen der Anzahl der Beschäftigten, die zur Mitbestimmung führen oder diese wieder entfallen lassen, nicht dazu führen, Mitglieder des Verwaltungsrats abzurufen, sondern lediglich dazu, ergänzende Sitze für die Vertreter der Arbeitnehmerschaft vorzusehen oder diese wieder entfallen zu lassen. Das sich aufgrund des § 4 Abs. 1 DrittelbG ergebende Prinzip der Dreiteilbarkeit bleibt unberührt.

Der bisherige Fall der Aufstockung der Sitze im Fall der Beteiligung eines öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts an der Thüringer Aufbaubank nach § 7 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 3 des Thüringer Aufbaubankgesetzes wird mangels absehbarer Relevanz gestrichen. Zudem wäre die Befassung des Landtags in einem solchen Fall ohnehin nach § 3 Abs. 3 Satz 2 des Thüringer Aufbaubankgesetzes vorgesehen, und in diesem Zusammenhang könnte dann auch eine für den konkreten Einzelfall passgenaue Zusammensetzung des Verwaltungsrats geregelt werden.

Zu Doppelbuchstabe b:

Die bisher in § 7 Abs. 1 Satz 4 des Thüringer Aufbaubankgesetzes verordnete Regelung zur entsprechenden Anwendung der bundesgesetzlichen Vorschriften der Mitarbeitermitbestimmung im Verwaltungsrat wird aktualisiert und als Absatz 2 Satz 1 gefasst. Der bisher geltende § 7 Abs. 1 Satz 5 des Thüringer Aufbaubankgesetzes wird inhaltsgleich verschoben und ist nunmehr Absatz 2 Satz 3.

Zu Buchstabe b:

Für den Fall der Verhinderung von Mitgliedern des Verwaltungsrats ist bisher nach § 7 Abs. 2 des Thüringer Aufbaubankgesetzes die Möglichkeit vorgesehen, ständige Vertreter zu bestellen. Unter Anwendung der Grundsätze der guten Unternehmens- und Beteiligungsführung des Freistaats Thüringen (Kodex) ist diese Bestimmung zu streichen, da die persönliche Amtsausübung dem Leitbild der Verwaltungsratsmitglieder entspricht.

Im bisherigen § 7 Abs. 1 Satz 4 des Thüringer Aufbaubankgesetzes wurde für die Beteiligung der Mitarbeiter im Verwaltungsrat Bezug genommen auf die Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes. Infolge einer zwischenzeitlich eingetretenen bundesgesetzlichen Neuregelung sind diese Vorschriften zur Beteiligung der Mitarbeiter im Verwaltungsrat nun im Drittelbeteiligungsgesetz geregelt. Der neue § 7 Abs. 2 Satz 1 des Thüringer Aufbaubankgesetzes vollzieht diese Neuregelung nach und verweist nun folgerichtig für die entsprechende Anwendung auf das Drittelbeteiligungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung.

In § 7 Abs. 2 Satz 2 des Thüringer Aufbaubankgesetzes ist vorgesehen, dass hinsichtlich der Vertreter der Arbeitnehmerschaft im Verwaltungsrat nur die Arbeitnehmerschaft der Thüringer Aufbaubank aktiv und passiv wahlberechtigt sind; weiterhin ist deren Mitgliedschaft im Verwaltungsrat an das Fortbestehen der Wählbarkeitsvoraussetzungen und damit insbesondere des Arbeitsverhältnisses mit der Thüringer Aufbaubank geknüpft. Dies entspricht der Rechtslage der Sparkassen in Thüringen und der Landesbank Hessen-Thüringen - Girozentrale und ist aus Gründen des Landesinteresses im Hinblick auf das Geschäftsfeld der Thüringer Aufbaubank als Förderbank des Landes geboten.

Die bisher in § 7 Abs. 1 Satz 5 des Thüringer Aufbaubankgesetzes enthaltene Regelung zur Anwesenheit eines Vertreters des Personalrats wird inhaltsgleich verschoben und ist nunmehr Absatz 2 Satz 3.

Zu Nummern 4 bis 7:

Die beiden Verweisungen in § 8 Abs. 3 Satz 1 auf das Wertpapierhandelsgesetz werden aktualisiert. Ebenfalls werden die in § 10 Abs. 2 Satz 3 enthaltene Verweisung auf das Thüringer Beamtenengesetz, die Verweisung in § 14 Abs. 3 Satz 2 auf das Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz sowie die Verweisung in § 16 Abs. 2 auf das Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz aktualisiert.

Zu Nummer 8:

Die Gleichstellungsbestimmung in § 19 soll mit der Neuformulierung eine geschlechtergerechte Sprache umsetzen.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Änderungsgesetzes.

2. Vom Einbringer übersandte Daten

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Thüringischer Landkreistag e.V.

Thüringer Aufbaubank

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Aufbaubankgesetzes											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Derzeit keine Anregungen.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Elbert 17.6.22	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Aufbaubankgesetzes											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e. V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)
	Kommunales Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)
	Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreislicher Perspektive
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?
	Stellqualm
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 28.6.2022	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Aufbaubankgesetzes											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><i>Thüringer Aufbaubank</i></td> <td style="border: none;"><i>Anstalt des öffentlichen Rechts</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"><i>Gorkistraße 9</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"><i>99084 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Thüringer Aufbaubank</i>	<i>Anstalt des öffentlichen Rechts</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Gorkistraße 9</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Thüringer Aufbaubank</i>	<i>Anstalt des öffentlichen Rechts</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Gorkistraße 9</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wahrnehmung der Aufgaben einer regionalen Förderbank in Form der Vergabe von Zuschüssen, Darlehen und Bürgschaften	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Sicherstellung, dass die Anzahl der VR-Mitglieder durch "3" dividiert werden kann. - Sicherstellung, dass nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank und nicht des gesamten Konzerns wählen und als Arbeitnehmer-Kandidaten in den Verwaltungsrat der Bank gewählt werden können.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, dttw 29.07.2022	

Der Vorstand

Thüringer Aufbaubank · Postfach 90 02 44 · 99105 Erfurt

Thüringer Finanzministerium
Herrn RD
Ludwig-Erhard-Ring 7
99099 Erfurt

Erfurt, 16. Juni 2022

Sehr geehrter Herr

wir bedanken uns, dass Sie der Thüringer Aufbaubank die Gelegenheit geben, zu dem Entwurf des Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Aufbaubankgesetzes Stellung zu nehmen. In Abstimmung mit dem Personalrat würden wir es begrüßen, wenn ausschließlich Mitarbeiter der Bank selber bei der Wahl der Arbeitnehmervertreter aktiv und passiv legitimiert wären. Zudem sollte sichergestellt sein, dass die nach dem Drittelbeteiligungsgesetz zu beachtende Drittelparität stets gewahrt bleibt. Daher regen wir zu dem Gesetzesentwurf einzelne Änderungen an:

- Laut dem Drittelparitätsgesetz „muss“ die Anzahl der VR-Mitglieder durch „3“ teilbar sein. Dies spiegelt sich im Wortlaut des § 7 Abs.1 TAB-Gesetz noch nicht wider. Die bisherige Formulierung in Form der „bis zu 9 Mitglieder“ bezog sich auf die anders gelagerte Konstellation der Beteiligung eines öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts. Jetzt soll sie sich auf die Konstellation der AN-Beteiligung erstrecken. Somit besteht u.E. das zwingende Erfordernis, dass die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder durch 3 teilbar ist. Daher sollte der Zusatz „bis zu“ gestrichen werden.
- Der neue Absatz 2 Satz 3 des TAB-Gesetzes enthält die Einschränkung, dass AN-Vertreter im Verwaltungsrat der TAB als Arbeitnehmer „im Unternehmen beschäftigt sein müssen“. Diese Formulierung soll sicherlich bezwecken, dass nur Arbeitnehmer*innen der TAB wählbar sein sollen. Wir haben aber Sorge, dass der abweichend von dem sonstigen Wording im Thüringer Aufbaubankgesetz gewählte Begriff des „Unternehmens“ statt der „Bank“ unter Zugrundelegung der Fiktion des § 2 Abs. 2 DrittelbG so verstanden werden kann, dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tochterunternehmen der TAB

in den Verwaltungsrat der Bank gewählt werden können. Das entspricht weder unserem Willen noch dem des Personalrats. Daher würden wir es begrüßen, wenn in Absatz 2 Satz 3 des TAB-Gesetzes statt der Bezeichnung „Unternehmen“ die Vokabel „Bank“ gewählt wird.

- Laut dem Drittelparitätsgesetz sind Arbeitnehmer eines „beherrschten“ Konzernunternehmens wahlberechtigt. Bei einer weitgehenden Analogie wären damit auf jeden Fall die Mitarbeiter*innen der bm-t, vermutlich aber auch die der GFAW wahlberechtigt. Auch dies entspricht nicht unseren Vorstellungen und auch nicht denen des Personalrats. Daher regen wir bei Satz 3 den Zusatz an **und können auch nur von Arbeitnehmern der Bank gewählt werden.**

Insgesamt würde dann der Artikel 1 des Änderungsgesetzes wie folgt lauten:

§ 7 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Verwaltungsrat besteht aus bis zu sechs, im Fall des Absatzes 2 Satz 1 aus neun Mitgliedern.“

2. In Absatz 1 werden die Sätze 4 und 5 gestrichen.

3. Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Vertretung von Arbeitnehmern im Verwaltungsrat bestimmt sich nach den insoweit entsprechend anzuwendenden Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 7. August 2021 (BGBl. I S. 3311), in der jeweils geltenden Fassung. Ein Vertreter des Personalrats kann an den Sitzungen des Verwaltungsrats teilnehmen, wenn dem Verwaltungsrat keine Arbeitnehmer angehören. Verwaltungsratsmitglieder nach Satz 1 müssen als Arbeitnehmer der Bank beschäftigt sein und können auch nur von Arbeitnehmern der Bank gewählt werden.“

Wir würden uns freuen, wenn unsere Änderungsvorschläge Eingang in den Gesetzesentwurf finden könnten.

Für etwaige Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)